



Motion Nr. 57 2004/2008

Eingang Stadtkanzlei: 25. April 2005

Quote bei den Einbürgerungen

In den letzten Jahren sind die Einbürgerungsgesuche markant in die Höhe gestiegen. Im Jahre 1991 wurden 26 Gesuche bewilligt mit insgesamt 36 Personen. Auch vor 10 Jahren (1995) waren es nur 44 Gesuche bzw. 68 Personen. Im Jahre 2004 waren es dann bereits 116 Gesuche mit insgesamt 232 Personen, welche durch den Grossen Stadtrat eingebürgert wurden. Im Jahr 2005 plant die Bürgerrechtskommission, gar 240 Dossiers zu behandeln. In den letzten 5 Jahren 2000–2004 wurden in der Stadt Luzern 600 Gesuche gutgeheissen mit total 1'186 Personen.

In der Bevölkerung breitet sich ein Unbehagen aus, dass jährlich so viele Ausländerinnen und Ausländer durch den Grossen Stadtrat eingebürgert werden. Dies auch insbesondere darum, da die zuständige Direktion mit aktiver Werbung versucht, die Ausländerinnen und Ausländer für das Bürgerrecht zu gewinnen.

In der Gemeinde Littau wurde eine Übereinkunft mit allen Parteien geschlossen, dass innerhalb von einem Jahr maximal 45 Gesuche oder 100 Personen eingebürgert werden dürfen. Diese Quote hat sich sehr bewährt, und auch die Bevölkerung steht voll und ganz hinter dieser Einbürgerungspraxis.

Die Stadt Luzern zählt rund 400 hängige Einbürgerungsgesuche von Ausländerinnen und Ausländern. Im Vergleich zu Littau (rund 4-mal weniger Einwohner) sind das wenige, da die Gemeinde Littau über 700 hängige Gesuche aufweist. Ebenso ist die Wartezeit in der Stadt Luzern zur Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes an Ausländer sehr niedrig. In der Gemeinde Littau beträgt die Wartezeit mehr als 7 Jahre.

Die Fraktion der SVP Stadt Luzern fordert den Stadtrat auf, die Einbürgerungspraxis bei der Zusicherung des Stadtbürgerrechtes an Ausländer und Ausländerinnen wie folgt zu ändern bzw. dem Grossen Stadtrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten:

- Einführung einer Quote bei den Einbürgerungen (max. 70 Gesuche mit max. 150 Personen)

- Sofortige Einstellung aller „Werbemassnahmen“ (Prospekte, Flugblätter, Plakate ...) zur Einbürgerung, welche durch Steuergelder finanziert werden (Anpassung Voranschlag)
- Aushang der von der Bürgerrechtskommission genehmigten Einbürgerungsgesuche, damit die Bevölkerung innerhalb von einem Monat vor der Behandlung im Grossen Stadtrat darauf reagieren kann.

René Kuhn
Roland Habermacher
Bruno Heutschy
Marcel Lingg
Walter Schnider
Marco G. Soldati
Walter Stierli
Kurt Schürmann
Max Vogel
namens der SVP-Fraktion